



Suchergebnisse: Unterstützung

März 1095 – Byzanz bittet Papst Urban II. um Unterstützung

Rom * Papst Urban II. wird von einer Gesandtschaft des byzantinischen Kaisers Alexios I. um Hilfe gegen die türkischen Seldschuken gebeten. Diese haben das Byzantinische Reich im Sturm erobert und kommen der Hauptstadt Konstantinopel bedrohlich nah.

1127 – Hugo von Payns sucht Unterstützung für die Tempel-Ritter

Frankreich - England - Spanien * Hugo von Payns schiffte sich mit fünf Tempel-Rittern ein und bereiste in der Folge Frankreich, England und Spanien. Er verfolgte dabei mehrere Ziele: Er will die Rittergemeinschaft mit einer von den obersten Kirchenstellen gebilligten Ordensregel versehen lassen, außerdem den Orden und dessen Ziele im Abendland bekannt machen und um finanzielle Unterstützung werben. Darüber hinaus muss er neue Kämpfer für das Heilige Land und damit Nachwuchs für den Orden der Tempel-Ritter anwerben.

1128 – Die Reise des Ordensgründers Hugo von Payns ist von Erfolg gekrönt

Frankreich - England - Spanien * Die Reise des Ordensgründers Hugo von Payns und seiner Begleiter ist von Erfolg gekrönt. Der Templer-Orden erhält großzügige Unterstützung durch den König von Portugal. Er weist dem Templer-Ritterorden reiche Güter an und räumt ihm Vorrechte ein.

1130 – Bernhard von Clairvaux erarbeitet die Ordensregel der Templer

Clairvaux * Inwieweit Bernhard von Clairvaux an der Erstellung der Ordensregel der Templer beteiligt war, ist umstritten. Der Zisterziensermönch kann aber den Templern bei der Findung eines angemessenen Rahmens helfen und mit seinem rhetorischen Talent diesen auch gegenüber Skeptikern durchsetzen. Bernhard von Clairvaux sieht in den Templern die neuen Glaubenskrieger, die den freien Zugang zu den Heiligen Stätten wieder herstellen, die Pilger schützen und den Frieden sichern. Kein Wunder also, dass die Ordensregeln der Templer ganz im Geiste der von Bernhard von Clairvaux stark beeinflussten Ordensregeln der Zisterzienser gehalten sind und die Tempelritter bei ihrem Eintritt in den Orden Armut, Keuschheit



und Gehorsamkeit geloben müssen. In seinem Traktat „Lob der neuen Ritterschaft“ preist Bernhard die Tugenden sowie die Werke der Nächstenliebe der Tempelherren und gibt damit dem Ritterorden eine theologische Begründung. Bei so viel Unterstützung durch Bernhard von Clairvaux verwundert es nicht, dass sich die Tempel-Ritter zu den Zisterziensern hingezogen fühlen. Aufgrund ihrer Kleidung werden diese Kirchenmänner auch als „weiße Mönche“ bezeichnet. Und nachdem die Tempelherren die Zisterzienser als ihren Mutterorden empfinden, übernehmen sie auch die Farbe weiß für ihren Umhang.

1135 – Papst Innocenz II. unterstützt die Tempel-Ordensritter

Rom-Vatikan * Papst Innozenz II., ein ehemaliger Zisterziensermönch und Schüler von Bernhard von Clairvaux, treibt die Gründung von Bruderschaften zur finanziellen Unterstützung der Templer voran.

1. Februar 1176 – Der Bruch zwischen Friedrich Barbarossa und Heinrich dem Löwen

Chiavenna * Es kommt zum Bruch zwischen Friedrich Barbarossa und Heinrich dem Löwen, nachdem der Herzog in Chiavenna am Comer See dem Kaiser die militärische Unterstützung für dessen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Lombardei versagt. Denn als Gegenleistung verlangt Herzog Heinrich der Löwe die Kaiserpfalz Goslar und deren reichen Silberminen. Eine Forderung, die der Kaiser strikt ablehnt. Es kommt angeblich zum Kniefall des Kaisers vor dem mächtigen und uneinsichtigen Herzog - und damit kommt es unausweichlich zum Konflikt. Nun beginnt der Stern des Löwen zu sinken, denn ein kaiserlicher Kniefall gehört zum Zeremoniell der staatlichen Ordnung und gilt zugleich als ein Verfassungselement. Da sich aber der Welfenherzog auch durch diese kaiserliche Geste nicht erweichen lässt, verletzt er die Regeln, was ihm als Überheblichkeit, Hochmut und Verachtung gegenüber dem Reich und dem Kaiser ausgelegt wird.

1284 – Zwei Franziskaner-Klöster auf Münchner Stadtgebiet

München-Graggenau - München-Angerviertel * Die beginnende Erweiterung Münchens auf den sechsfachen Umfang des befestigten Marktes Heinrichs des Löwen führt zur Verlegung des Franziskanerklosters nördlich der herzoglichen Burg. Besondere Unterstützung findet der Neubau des Franziskaner-Klosters durch die Familie der Sendlinger, die eigentlich an der Errichtung eines Klarissenklosters interessiert ist. Sie kauft den Barfüßern deshalb das



bestehende Angerkloster weit über seinen Wert um 800 Pfund Pfennigen. Damit können die Klarissen aus dem Kloster Söflingen, also Nonnen des Zweiten Ordens der Franziskaner, das verlassene Kloster St. Jakob am Anger übernehmen.

Oktober 1322 – Papst Johannes XXII. eröffnet einen Prozess gegen Ludwig den Baiern

Avignon * Papst Johannes XXII. erkennt Ludwig den Baiern nicht als römischen König an, weil ihm König Friedrich der Schöne Unterstützung im Kampf gegen die großen oberitalienischen Stadtkommunen in Aussicht gestellt hat. Daraufhin unterstützt König Ludwig der Baier die Visconti in Mailand, die sich dadurch erfolgreich gegen einen päpstlichen Kreuzzug erwehren können. Papst Johannes XXII. eröffnet deshalb einen Prozess gegen König Ludwig des Baiern. Er ihn bezichtigt ihn der Anmaßung königlicher Rechte und seiner Regierung ohne päpstliche Approbation [Anerkennung, Genehmigung] sowie der Unterstützung der als Ketzer verurteilten italienischen Signori.

November 1327 – Bischof Konrad IV. von Klingenberk zieht in Freising ein

Freising * Nachdem König Ludwig IV. der Baier im März nach Italien aufbrechen ist, kann sich Bischof Konrad IV. von Klingenberk die Unterstützung des niederbayerischen Herzogs Heinrich XIV. erschleichen und in Freising einziehen.

1375 – Eine Renovierung der Franziskaner-Klosterkirche wird abgeschlossen

München-Gruggenau * Mit großzügiger finanzieller Unterstützung des Münchner Patriziersohns Vinzenz Ridler kann eine umfassende Renovierung der Franziskaner-Klosterkirche abgeschlossen werden.

29. Mai 1415 – Das Konzil von Konstanz erklärt Papst Johannes XXIII. für abgesetzt

Konstanz * Das Konzil von Konstanz erklärt Papst Johannes XXIII. für abgesetzt. Nun muss sich das Konzil mit den beiden anderen Päpsten beschäftigen. Papst Gregor XII., bereits über 80 Jahre alt, lenkt bald ein. Er erkennt das Konzil von Konstanz als legitimes Konzil der Kirche an und erklärt seine Resignation. Papst Benedikt XIII., der inzwischen in Perpignan residiert, erklärt sich zwar zu einer Abdankung bereit, knüpft daran jedoch Bedingungen, die ihm



allerdings nicht bewilligt werden. Daraufhin hält er seinen Anspruch aufrecht und flieht nach Peñíscola in Spanien. König Sigismund erreicht aber, dass ihm die spanischen Königreiche die Unterstützung entziehen und als fünfte Konzilsnation nach Konstanz kommen. Damit ist Papst Benedikt XIII. endgültig isoliert. Wegen „Verweigerung der Resignation“ wird ihm der Prozess gemacht.

1481 – Das Amt des Bettelmeisters in München

München * Das Amt des Bettelmeisters wird in München von zwei dazu Beauftragten ausgeführt. Sie üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und bekommen zu ihrer Unterstützung städtisch besoldete Bettelknechte zur Seite gestellt.

10. April 1504 – Herzog Albrecht IV. erhält finanzielle und militärische Hilfe

München * Herzog Albrecht IV. von München-Oberbaiern erklärt sich bereit, die Gerichte Kufstein, Kitzbühel und Rattenberg an König Maximilian I. für seine Vermittlungstätigkeiten abzutreten. König Maximilian I. sagt ihm daraufhin eine finanzielle Unterstützung und 10.000 Mann als Hilfstruppe zu.

4. Juli 1559 – Herzog Albrecht V. bittet um die Entsendung von 14 Jesuitenpatres

München - Rom * Herzog Wilhelm V. wendet sich an den Ordensgeneral der Gesellschaft Jesu, Diego Lainez, mit der Bitte, vierzehn Jesuiten zum Aufbau eines Collegs und als Unterstützung im Kampf gegen die Reformation nach München zu entsenden.

1562 – Die Münchner Bettelordnung regelt die Armenversorgung neu

München * In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ändert sich die Einstellung zu den Armen grundlegend. Martin Luther und später auch die katholischen Reformer lehnen jede Form von Bettel ab und fordern eine Versorgung aller Arbeitsunfähigen auf Kosten der Gemeinde. Dies findet in der letzten rein städtischen Münchner Bettelordnung ihren Niederschlag. Die Armenversorgung wird auf die Basis eines Unterstützungsfonds, dem Stock-Almosen, gestellt. Freiwillige Spenden, Gelder aus Opferstöcken, Sondersammlungen in Kirchen und Klöstern und die Erträge aus den Haussammlungen sollen eine gezielte Versorgung der Armen gewährleisten.



Dazu ziehen jeden Freitag vier Biedermänner mit Sammelbüchsen von Haus zu Haus und ersetzen damit die bisher üblichen Bettelgänge der Armen. Die Sammlungen erhalten den Namen Freitagsbrot.

24. Juli 1589 – Alle bösen Leute und Unholden sollen umgehend verhaftet werden

München - Schongau * Herzog Ferdinand befiehlt seinem Landrichter, alle bösen Leute und Unholden, denen er habhaft werden kann, umgehend zu verhaften. Ihre Wohnungen sollen nach Salben, Amuletten, wächsernen und durchstochenen Bildern, menschliche Knochen und ähnlichen Zaubermitteln durchsucht werden. Benennen die Angeklagten freiwillig Mitschuldige, soll man ihnen einen Straferlass versprechen. Den Grund dafür, weshalb der böse Feind an Macht gewonnen hat, sieht der Herzog im Zusammenhang mit dem sündhaften Leben der Untertanen. Nur deshalb lässt Gott dem Teufel und seinen Werkzeugen freie Hand. Die Pfarrer und Prediger im Landgericht Schongau sollen deshalb das Volk zur Buße und Besserung des Lebens ermahnen. Herzog Ferdinand fordert zur Unterstützung der unerfahrenen bayerischen Hexenjäger den darin geschulten Richter von Biberach an. Er soll die Verdächtigten auf Hexenmale untersuchen. „Dann wir gesinet, auf alle in Schwung geende und wachsende hochsträfliche Laster, sonderlich das ungeheur Unholdwerckh ernstliche Inquisition und Straf furnehmen“.

2. April 1590 – Gesetzgebung gegen das Hexenverbrechen

München * Herzog Wilhelm V. fordert zur Unterstützung des Verfahrens zur „Gesetzgebung gegen das Hexenverbrechen“ vom Hofrat und von der juristischen und theologischen Fakultät der Universität Ingolstadt ein „Gutachten über die zu ergreifenden Maßnahmen gegen die überhand nehmende Hexerei“ an. Darin führt der Herzog aus, Gott selbst habe wegen der schrecklichen Sünden der Menschen diese mit der „neuen Pest der Hexerei“ gestraft. Und weil die Hexerei die größte aller Sünden wäre, würde Gott wiederum beleidigt werden. Er, Wilhelm V., sei als Fürst Gott verantwortlich und müsse durch „Bestrafung und Ausrottung der Hexen“ die „Ehre Gottes“ retten und wiederherstellen. Die Argumentation, dass sich nach dieser Logik Gott eigentlich selbst beleidige, wird ignoriert. Es geht auch nicht so sehr um die Ehre Gottes, sondern um die Angst vor weiteren göttlichen Strafen.

8. Oktober 1619 – Herzog Maximilian I. wird großzügig entschädigt



München * Herzog Maximilian I. von Bayern sichert Kaiser Ferdinand II. im Münchner Vertrag die Unterstützung der Liga - unter seinem Oberbefehl - gegen das aufständische Böhmen zu. Kaiser Friedrich II. sagt dem Bayernherrscher das uneingeschränkte Direktorium über die katholische Liga zu und garantiert ihm Ersatz für alle Unkosten, die er beim Krieg gegen Böhmen haben würde. Bis zur endgültigen Abrechnung sind ihm pfandweise österreichische Länder zu übertragen. Nur mündlich erhält Herzog Maximilian I. das kaiserliche Versprechen, dass Kurfürst Friedrich V. geächtet und die pfälzische Kurwürde nach Bayern verlagert wird.

3. Juli 1630 – Ein für den Kaiser wenig erfolgreicher Regensburger Kurfürstentag

Regensburg * Kaiser Ferdinand II. eröffnet den Regensburger Kurfürstentag. Er wird bis November dauern. Auf dem Kurfürstentag will Kaiser Ferdinand II. die Wahl seines Sohnes Ferdinand III. zum deutsch-römischen König sichern und Unterstützung gegen die niederländischen Generalstaaten einfordern. Doch die Kurfürsten verweigern die Zustimmung zur Wahl Ferdinands III. und fordern stattdessen eine Verringerung der kaiserlichen Armee und eine Milderung der Kriegskosten. Der kaiserliche Oberbefehlshaber Albrecht von Wallenstein wird seines Postens enthoben. Der 71-jährige Johann Tserclaes Graf von Tilly erhält dafür zusätzlich zu seinem Kommando der katholischen Liga nun auch noch den Oberbefehl über das kaiserliche Heer. Der Kaiser einer Überprüfung des Restitutionsedikts zustimmen.

16. Juli 1661 – Unterstützung durch den Theatinerpater Agostino Bozomo

Rom - München • Der Theatiner-Ordensgeneral Agostino Bozomo sagt der Kurfürstin Henriette Adelaide seinen besonderen Einsatz für ihr Anliegen zur Niederlassung der Theatiner in München zu.

1. Juni 1668 – Albrecht Sigismund wird Bischof von Regensburg

Freising - Regensburg - Salzburg * Guidobald Graf von Thun und Hohenstein, der Fürsterzbischof von Salzburg und Regensburg stirbt in Salzburg. Mit Unterstützung seines Veters, Kurfürst Ferdinand Maria, wird Herzog Albrecht Sigismund, der Bischof von Freising, aus der wittelsbachischen Linie der Leuchtenberger zusätzlich zum Bischof von Regensburg gewählt. Gleichzeitig übernimmt er das Amt des Domprobstes in Konstanz und das des Stiftungsprobstes in Altötting.



1675 – Der „Zauberer-Jackl-Prozess“ im Fürstbistum Salzburg

Salzburg * Im Fürstbistum Salzburg wird in den Jahren von 1675 bis 1690 der „Zauberer-Jackl-Prozess“ durchgeführt. Er betrifft vor allem umherziehende Bettler- und Vagantenkinder aus der Bande des nie gefassten Zauberer-Jackls. 90 Prozent der hingerichteten Kinder und Jugendlichen, die überwiegend unter 21 Jahre alt sind - das jüngste ist 11 Jahre - sind männlich und stammen fast durchweg aus den unteren sozialen Schichten. Auf Unterstützung aus der bäuerlichen Bevölkerung können sie nicht hoffen, im Gegenteil: Die vagierenden Bettlergruppen sind verhasst, weil man ihnen unterstellt, sie würden „schlechtes Wetter, Missernten und Hungersnöte herbeizaubern können.

2. Februar 1678 – Frater Onuphrius vom heiligen Wolfgang erhält die Priesterweihe

Meran * Der Bischof von Brixen erteilt Frater Onuphrius vom heiligen Wolfgang in seiner Klausur in der Nähe von Meran seine Priesterweihe. In der Folge kommt Bruder Onuphrius auf Reisen nach Wien und München mit höchsten Adelskreisen in Verbindung. Sie fördern das Eremitenleben als romantisierende religiöse Modeerscheinung. Der Eremit gewinnt unter anderem die tatkräftige Unterstützung der Kurfürstin Maria Antonia, die Onuphrius die Wahl einer geeigneten Niederlassung in Bayern anbietet.

31. März 1683 – Ein breites Defensivbündnis gegen die Osmanen

Rom - Wien - Warschau * Der päpstlichen Diplomatie gelingt es Ende März 1683, Kaiser Leopold I. und den polnischen König Johann III. Sobieski zum Abschluss eines Defensivbündnisses gegen die Osmanen zu bringen. Auch Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen erklären sich zum Beistand des Kaisers bereit. Papst Innozenz XI. unterstützt die christlichen Herrscher in ihrem Kampf gegen die vorrückenden Türken mit 1,5 Millionen Gulden - und seinem Segen. Er selbst sieht sich als „Streiter für die Reinhaltung des katholischen Glaubens“. Schon deshalb bemüht er sich während seines ganzen Pontifikates, die Fürsten zu einer „Heiligen Liga“ zum „Kampf und zur Abwehr der Osmanen“ zu gewinnen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche bittet mit einem päpstlichen Aufruf die Gottesmutter unter der Parole „Maria hilf!“ um ihre Unterstützung.

5. März 1684 – Gründung einer Heiligen Liga zum Kampf und zur Abwehr der Osmanen



Rom * Mit Unterstützung von Papst Innozenz XI., der sich selbst als „Streiter für die Reinhaltung des katholischen Glaubens“ sieht, gelingt die Gründung einer Heiligen Liga zum „Kampf und zur Abwehr der Osmanen“. König Johann III. Sobieski von Polen, Kaiser Leopold I. und die Republik Venedig schließen dazu ein Bündnis, dem zwei Jahre später auch Russland beitreten wird. Durch die Heilige Liga fließen umfangreichere Subsidien, sodass die bayerische Armee auf eine Sollstärke von 18.000 Mann erhöht werden kann.

11. September 1684 – Unterstützung für die Belagerer von Buda/Ofen

Buda/Ofen * Die Belagerer erhalten durch ein kaiserliches Hilfskorps personelle Unterstützung, weshalb sie die Belagerungsaktivitäten sofort wieder verstärken.

1687 – Frater Onuphrius erhält die Genehmigung für seine Niederlassung

Walchensee * Durch die Unterstützung der ersten Ehefrau des Kurfürsten Max Emanuels erhält Frater Onuphrius vom heiligen Wolfgang die Genehmigung für seine Niederlassung, muss sich im Gegenzug aber verpflichten, höchstens vier Klausner aufzunehmen. Der Einsiedler entscheidet sich für ein Bleiben am Walchensee, einsam gelegen, aber dennoch an der Straße von München nach Mittenwald angebunden. Doch kommt es schnell zu Streitigkeiten, da der Grund und Boden am Walchensee dem Augustiner-Chorherrenstift Schlehdorf gehört, der Gerichtsherr aber der Abt des Benediktinerklosters Benediktbeuern ist. Kam es bisher schon ständig zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Klöstern, so gesellen sich nun auch noch die Einsiedler hinzu, die sich um Holz- und Fischereirechte nur wenig kümmern. Vor allem Benediktbeuern widersetzt sich jahrelang der seltsamen Klostergründung am Walchensee und will von den „dahergeloffenen Waldbrüdern“ nichts wissen. Doch mit Hilfe der energischen Kurfürstin siegen zunächst die „Waldbrüder“. Kurfürstin Maria Antonia befiehlt dem Abt von Benediktbeuern nicht nur die Weihe des Grundsteins für das neue Eremitorium, sondern erwartet von ihm auch, dass er das gesamte Baumaterial stiftet.

20. April 1691 – Die Englischen Fräulein bitten die Stadt um einen Zuschuss

München-Graggenau * Die Englischen Fräulein bitten die Stadt um einen Zuschuss für ihr neu zu erbauendes Haus an der Weinstraße. Da auch Kurfürst Max Emanuel eine großzügige finanzielle Unterstützung zugesagt hat, beschließt der Rat der Stadt, ihnen 20.000 Ziegelsteine mit dem Transport durch den städtischen Fuhrdienst zuzugestehen.



4. Dezember 1705 – Ausweitung der Rebellion übers ganze Land geplant

Braunau * Der frühere bayerische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs kommt nach Braunau. Gemeinsam mit Plinganser plant er die Ausweitung der Rebellion übers ganze Land und die Einnahme Münchens. Lokale Erhebungen im Bairischen Wald, an der unteren Isar und im Raum Kehlheim sollen Teile der kaiserlichen Besatzungstruppen binden, während das starke Unterländer Defensionsheer über Mühldorf und Ebersberg auf die bayerische Hauptstadt vorstoßen soll. Flankierend sollen aus den Gerichten nördlich und südlich von München zwei Unterstützungsangriffe gegen die Stadt erfolgen.

24. Dezember 1705 – Die Masse der Oberländer trifft in Solln ein

Solln * Gegen 20 Uhr trifft die Masse der Oberländer in Solln ein. Zur gleichen Zeit nimmt die Schützenvorhut ein etwa 80 Mann starkes kaiserliches Reiterdetachement unter Beschuss. Die Kaiserlichen, die von Oberst de Wendt zur Aufklärung in Richtung Schäftlarn geschickt worden waren, werden zwar verjagt, können aber trotzdem ausreichend Informationen sammeln. Der Starnberger Pfleger Johann Joseph Öttlinger verlässt nach der Schießerei in Solln die Aufständischen, begibt sich nach München und informiert den kaiserlichen Administrator Maximilian Carl Graf von Löwenstein-Wertheim-Rochefort über die Unternehmung.

Oberst Johann Baptist de Wendt leitet Sicherheitsmaßnahmen ein. Er ersucht das Korps Kriechbaum zum Rückmarsch nach München und macht in Aufrufen bekannt, dass „jede Unterstützung der Aufständischen durch die Einwohner Münchens mit dem Tode bestraft“ werden würde.

25. Dezember 1705 – Das Massaker vor München nimmt seinen Lauf

München * Ein von vornherein aussichtsloser Kampf beginnt. Der Angriffsplan der Aufständischen zeigt zugleich die Unfähigkeit ihrer Anführer. Wie sollen die Oberländer - ohne Unterstützung der Münchner Bevölkerung und der wesentlich zahlreicheren Unterländer - die mit starken Befestigungen versehene Stadt stürmen? Die Münchner Befestigung besteht aus den beiden 10 und 7 Meter hohen Mauerringen. Denen vorgelagert liegt ein 25 Meter breiter Wassergraben mit gemauerten Böschungen. Jenseits des Grabens befindet sich ein 5 bis 7 Meter hoher Erdwall mit Palisadenwand. Das Isartor wird zudem durch einen vorgeschobenen Ravelin gesichert.



8. Januar 1710 – Der Kaiser unterstützt den Bau der Dreifaltigkeitskirche

München - Wien * Die Kaiserliche Administration informiert Kaiser Joseph I. in Wien von dem Wunsch der Münchner, um Erlaubnis für den Bau der Dreifaltigkeitskirche. Der Kaiser zeigt starkes Interesse an diesem Bau, will mit einer Abordnung sogar an der Konferenz zum Bau der Dreifaltigkeitskirche teilnehmen und kündigt die finanzielle und materielle Unterstützung der Besatzungsmacht an. In der Folge und während der gesamten Bauzeit tritt die in der Münchner Herzog-Max-Burg stationierte Kaiserliche Administration als Korrespondenzpartner auf, denn es waren Verhandlungen mit der Landschaft, dem Rat der Stadt, der Baudeputation, dem Geistlichen Rat und dem Kaiserhaus in Wien zu führen.

26. März 1719 – Der 18-jährige Clemens August wird Bischof in Münster

Münster * Mit Unterstützung des Papstes wird der 18-jährige Clemens August anstelle seines Bruders Philipp Moritz Bischof in Münster.

17. Juli 1732 – Clemens August wird Hochmeister des Deutschen Ordens

Mergentheim * Der 31-jährige Kölner Kurfürst Clemens August wird in Mergentheim zum Hochmeister des Deutschen Ordens gewählt. Trotz der kurbaierischen und der französischen Unterstützung unterliegt Fürstbischof Johann Theodor seinem Bruder, dem Kölner Kurfürsten Clemens August, bei der Wahl zum Hoch- und Deutschmeister.

23. Januar 1744 – Johann Theodor wird mit Unterstützung seines Bruders Fürstbischof von Lüttich

Lüttich * Nach dem Tod des Lütticher Fürstbischofs Georg Ludwig von Berghes verzichtet Kurfürst Clemens August zugunsten seines Bruders Johann Theodor auf eigene Ansprüche auf das Hochstift Lüttich. Bei der Wahl unterstützt er dessen Kandidatur entscheidend. Johann Theodor wird zum neuen Fürstbischof von Lüttich gewählt.

10. Oktober 1771 – Johann Nießer übernimmt das Faberbräu-Theater

München-Hackenviertel * Johann Baptist Joachim Nießer, ehemaliges Mitglied der Kurz'schen Schauspielertruppe, kehrt mit dem Ensemble nach München zurück und übernimmt die Leitung



des Faberbräu-Theaters. Mit Unterstützung der Baierischen Akademie der Wissenschaften eröffnet er hier die Deutsche Schaubühne, was als ein „Markstein auf dem Weg zu einem Münchner Nationaltheater“ gilt. Mit ausgebildeten Schauspielern finden seither regelmäßige Vorstellungen im Faberbräu statt. Der Publikumserfolg stellt sich bald ein, sodass er auch die Anerkennung des Grafen Seeau gewinnen kann. Durch das gebotene hohe Niveau der Schauspielkunst strömt nun auch die gehobene Münchner Bürgerschaft in Scharen in das Faberbräu-Theater. Dadurch erhöhen sich die Eintrittspreise, sodass sich das einfache Publikum den Theaterbesuch einfach nicht mehr leisten kann und so aus dem Kulturbetrieb verdrängt wird. Die Bürger der unteren Schichten suchen ihr Vergnügen nun wieder in den Bretterbuden und „Hanswurst-Theatern“ in den Münchner Vorstädten.

1781 – Der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen

Königsberg * Immanuel Kant veröffentlicht seine „Kritik der reinen Vernunft“. Doch auch wenn Immanuel Kant in seinen Aufsätzen schreibt: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, so bleiben solche Gedankengänge in Europa noch lange Zeit pure Theorie. Doch auch hier ändert die Aufklärung sowie der Fortschritt der Naturwissenschaften und der Technik - langsam - das Weltbild. Die Welt wird plötzlich erklärbar. Für viele Phänomene, die man zuvor dem direkten Eingreifen Gottes zugeschrieben hat, findet man jetzt logische Erklärungen. So macht beispielsweise die Erfindung des Blitzableiters den bislang üblichen Wettersegen überflüssig. Damit waren die Zeiten, in denen der Blitz als Zeichen oder gar als Strafe Gottes galten, endgültig vorbei. Schriftsteller der Aufklärung, darunter Lorenz Westenrieder, versuchen die neuen Denkanstöße in zahlreichen Artikeln zu verbreitern. Sie benutzen dazu die in dieser Zeit neu entstandenen Zeitschriften und Journale, aber auch Flugschriften. Westenrieders Schriften widersprechen oft der Lehrmeinung der katholischen Kirche und werden deshalb verboten. Und selbst wenn die verbreiteten Denkansätze zum Teil die Unterstützung des Kurfürsten finden, so sollen die Inhalte - schon aus reinen Machterhaltungsbestrebungen heraus - kanalisiert werden. Die Gedanken der Aufklärung zu Ende gedacht, bedeuten diese aber auch, dass sich die Menschen früher oder später nicht mehr in ihre Untertanenrolle fügen, sondern die Teilnahme am politischen System einfordern werden. Das ist der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen.

15. August 1800 – Die Münchner Patrioten wenden sich an General Decaën

München * Eine Delegation der Patrioten wendet sich an General Charles Matthieu Isidore Decaën und bittet ihn um Unterstützung für einen Aufstand gegen den Kurfürsten und seiner



Regierung. Der General reagiert reserviert, da die französische Regierung keinen Aufstand unterstützen will, sondern vielmehr einen allgemeinen Frieden anstrebt. Er gibt zu Bedenken, dass eine Revolution zur Beseitigung von Missständen ein unabwägbares Risiko darstellt. Dagegen würde der weniger gewaltsame Weg von Reformen größere Erfolgsaussichten bieten. Bei einer Revolution wüsste man nie, was als Ergebnis herauskomme.

Außerdem sei Baiern zu schwach, um alleine gegenüber Preußen und Österreich eine Veränderung seiner Staatsform durchzuführen. Dass General Decaën mit seinen Aussagen strikt der französischen Konsulatsregierung Napoléons folgt, ist den Revolutionsführern, die sich selbst Münchner Jakobiner nennen, in keinsten Weise bewusst. Sie sehen in den französischen Generälen noch immer die Repräsentanten der Revolution. Doch Frankreich hat sich schon längst von den politischen Zielen des Nationalkonvents entfernt, dem es im Jahr 1792 noch um die Verbreitung der revolutionären Ziele und um die Befreiung der unterdrückten Nationen gegangen ist. Im Gegenteil, Frankreich will inzwischen die Entstehung einer großen süddeutschen Republik mit allen Mitteln verhindern und stattdessen zu separaten Bündnissen mit den einzelnen deutschen Fürsten gelangen.

24. August 1801 – Ein eigenständiges Baiern soll ein Erstarken Österreichs verhindern

Paris * Während Österreich Baiern nur als Manövriermasse ansieht, ist Napoleon an einem an seiner Seite stehenden eigenständigen Staat Baiern interessiert, der ein Erstarken Österreichs behindern soll. Dazu schließt der bayerische Kurfürst in Paris den separaten Friedensvertrag mit der Republik Frankreich ab. Der Vertrag sagt Baiern die territoriale Unverletzbarkeit seiner rechtsrheinischen Gebiete sowie Unterstützung bei den Entschädigungsverhandlungen zu.

1807 – Das Theater der breiten Masse wird heftig kritisiert

München * Im Morgenblatt für gebildete Stände heißt es zum Theater der breiten Masse: „Endlich sind die bretternen Bühnen, auf welchen Schweiger und Lorenzoni den Sommer hindurch unser Publikum belustigen, geschlossen. Trauriges Zeichen der Zeit, wenn solche Gesellschaften auf eine sichere und im Verhältnis zu ihrem Werte glänzende Unterstützung zählen dürfen! Manches Stück, das auf unserem Nationaltheater nicht ohne allen Eifer gespielt ward, fand ein leeres Haus, indessen Lorenzonis und Schweigers Hütten mit Zuschauern aller Stände angefüllt waren. [...] Dass übrigens beide Banden auf den ästhetischen Sinn unseres Publikums nachteilig einwirken, ist nicht zu bezweifeln. Der häufige Anblick des Rohen, Plumpen und Ungeschliffenen, die gänzliche Geschmacklosigkeit, die in der Komposition und Deklamation der Stücke liegt, die Misstöne, welche besonders in den Singspielen unzählig sind,



erzeugen Nachlässigkeit im Urteil und jene ärgerliche Genügsamkeit, die immer nur um den billigen Preis lachen will.“

22. Februar 1808 – Die Armenpflege wird zur Staatsaufgabe

Königreich Baiern * Die Armenpflege wird zur Staatsaufgabe, zur „Staatsanstalt der Wohltätigkeit“. Man unterscheidet in „volle Armut“ und „partielle Armut“, womit zugleich der Umfang der Unterstützung festgelegt wird. Verwaltet wird das Armenwesen von der unteren Polizeibehörde. Finanziert wird das Armenwesen im Bedarfsfall durch eine Armensteuer, die im Kommunalbezirk erhoben wird. Die Gemeindeangehörigen müssen die notwendigen Mittel aufbringen, haben aber bei der Verwendung der Gelder kein Mitspracherecht und damit keine Mitwirkungsrechte.

13. April 1809 – Die Erste Befreiung Tirols

Innsbruck - Tirol * Der französische General Bisson rückt mit 2.000 Mann auf Innsbruck vor. Er kapituliert ohne Kampfhandlung. Damit haben die Tiroler „Aufständischen“ die französisch-baierische Armee ohne österreichische Unterstützung geschlagen. Diese Tat geht als „Erste Befreiung Tirols“ in die Geschichte ein.

9. Oktober 1809 – Die Statuten des Landwirtschaftlichen Vereins werden bestätigt

München * Die Statuten des Landwirtschaftlichen Vereins, Sitz München, werden vom König bestätigt. Laut seiner Satzung will der Landwirtschaftliche Verein in Baiern seine Zwecke erreichen, „durch mündliche und schriftliche Mittheilungen seiner Mitglieder; durch Ankauf und Vertheilung vorzüglicher Viehzuchtracen, nützlicher Sämereien und Gewächse, dann zweckmäßiger Geräthe; [...], Herausgabe einer Wochenschrift, [...]; Vertheilung von Preisen für wichtige mit besonderem Fleiße und entsprechendem Erfolge ausgeführten Versuche und Abfassung wichtiger vom Verein veranlaßter Abhandlungen; endlich durch Unterstützung würdiger, unverschuldet verunglückter Arbeiter, Gewerbe- und Landleute.“

27. Oktober 1809 – Andreas Hofer erhält 18.000 Papiergulden für den Kampf gegen Frankreich

Tirol * Ein Bote aus Wien überbringt Andreas Hofer 18.000 Papiergulden zur Unterstützung des



Kampfes gegen Frankreich und Bayern. Fast gleichzeitig trifft die gedruckte Friedensproklamation des italienischen Vizekönigs Eugène Beauharnais ein. Das Schreiben enthält auch die Zusage, dass kein Tiroler „Rebell“ eine Strafe zu erwarten habe. Die Tiroler Aufständischen sehen in der Friedensproklamation aber nur eine Kriegslist des bayerisch-französischen Feindes.

17. November 1816 – Das Armenwesen wird grundsätzlich reformiert

München - Königreich Bayern * Das Armenwesen wird neu geregelt, durch eine Verordnung wieder dezentralisiert und zur Aufgabe der Heimatbezirke erklärt. Die Kommunen bekommen mehr Mitbestimmung. Die Armenpflege wird jetzt durch kommunale Pflugschaftsräte und Pflugausschüsse, denen der Ortspfarrer, der Gemeindevorsteher und weitere gewählte Gemeindeglieder angehören, geregelt. Sie entscheiden abschließend über den Anspruch und die Höhe der Unterstützung. Das Betteln wird grundsätzlich verboten. Der Anspruch auf Armenpflege steht nur den „eingehörigen Armen“ zu. Die Gesetze über die Heimat legen den betroffenen Personenkreis fest.

März 1821 – Der griechische Unabhängigkeitskrieg beginnt

Griechenland * Unter dem Kommando des Fürsten Alexandros Ypsilantis beginnen die Griechen im offenen Aufstand für ihre Freiheit und Selbstständigkeit zu kämpfen. Da aber die von Russland erwartete Unterstützung in diesem Unabhängigkeitskrieg nicht erfolgt, wird die „Heilige Schar“ unter Alexandros Ypsilantis innerhalb von nur drei Monaten vollkommen aufgerieben. Es kommt in der Folge zu grausamen Massakern unter der griechischen Bevölkerung. Mit Beginn des Unabhängigkeitskrieges gründen sich in ganz Westeuropa Vereinigungen von Philhellenen (das bedeutet Griechenfreunde), die in der Öffentlichkeit für die griechische Sache werben, diese mit Geldspenden unterstützen und sich auch selbst in die Kampfhandlungen einmischen. Zu diesen Philhellenen zählt sich auch Ludwig I.. Der Bayernkönig unterstützt - leidenschaftlich und mit viel romantischem Pathos versehen - die griechischen Patrioten in ihrem Freiheitskampf. Die Griechen kämpfen einen Guerillakrieg. Die griechischen Freiheitskämpfer werden von einem „Kapetanii“ angeführt und bezeichnen sich selbst als „Klephte“, was eigentlich Dieb oder Räuber bedeutet, oder als „Pallikare“, was junger Mann oder Held heißt. In der Zeit des Unabhängigkeitskrieges sind unter diesen Bezeichnungen aber immer Freiheitskämpfer gemeint.



1826 – Die Geistlichkeit unterstützt die Haberfeldtreiber

Aibling * In einem Protokoll vom Aiblinger Landrichter heißt es über die Unterstützung des Pfarrers für das Haberfeldtreiben: „[...] wo schon mehrere denselben diesen Herrn als eine Sünde sollen gebeichtet haben, und aber der Pfarrer ihnen erklärt hätte, dass es keine Sünde sey, das Laster zu bestrafen; ja man behauptet sogar, dass die Geistlichen [...] öffentlich in Wirtshäusern oder vielmehr in ihren eigenen pfarrlichen Zechstuben Lobreden auf dieses Haberfeldtreiben machen und, was leicht zu vermuten ist, jeden Meineid deswegen absolvieren“.

März 1836 – Die Cholera grassiert erstmals in Süddeutschland

Süddeutschland * Die Cholera grassiert erstmals in Süddeutschland. Das Bürgertum fühlt sich zunehmend von den armen Bevölkerungsschichten bedroht, weshalb das Bayerische Staatsministerium des Innern eine Verordnung erlässt. In dieser wird die Notwendigkeit der Unterstützung der Armen angesichts der herrschenden Epidemie eingefordert, da sie „zum Schutze der Gesamtheit nicht minder als zum Schirme der Dürftigen selbst“ notwendig sei, „da die in den Hütten sich steigernde Krankheit auch auf alle übrigen Klassen und den Gesundheits-Zustand ganzer Orte nicht ohne Rückwirkung bleibt“.

2. März 1848 – In München beginnt die Märzrevolution

München * In München beginnt die „Märzrevolution“ mit dem Sturm auf das Haus des Ministers Franz von Berks, einem Vertrauten König Ludwigs I., der mit Unterstützung von Lola Montez in die Position des Innenminister-Verwesers gehievt worden war und deshalb von den Münchnern als „Lola-Minister“ oder „Huren-Minister“ bezeichnet wird.

3. März 1848 – Die Münchner erstellen einen Forderungskatalog an den König

München * In einem Forderungskatalog verlangen die Münchner Untertanen vom König: Die Verabschiedung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit. Die Einführung voller Pressefreiheit und eines Pressegesetzes. Die Einführung öffentlicher Gerichtsverfahren. Die Unterstützung des Wunsches nach Schaffung einer Volksvertretung für den Frankfurter Bundestag. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Die Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes. Die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes. Die Entlassung des



Verwesers des Innenministeriums Berks. Die Resolution liegt im Rathaus auf und „innerhalb von nur vier Stunden sollen bereits mehr als 10.000, bald gar 20.000 Unterschriften gesammelt worden sein“. Der Magistrat und zwei aus dem Bürgerstand ausgewählte Vertrauensmänner überreichen die Resolution. Noch am Abend verkündet der Leitende Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein, dass die Stände zur Prüfung der Resolution vorzeitig einberufen werden sollen. Als Termin wird der 31. Mai festgesetzt. König Ludwig I. kann und will die Forderungen der Bürger nicht akzeptieren, verspricht aber die Entlassung Berks. Außerdem soll die nächste Stände-Versammlung auf den 31. Mai 1848 vorverlegt werden. Als die Münchner diese Forderungen aufstellen, hat Lola Montez das Königreich Bayern bereits seit drei Wochen in Richtung Schweiz verlassen. Es geht nicht mehr um die Affäre mit der Spanischen Tänzerin, es geht nur noch um das autokratische und neoabsolutistische Herrschaftssystem König Ludwigs I., das nicht mehr länger aufrechtzuerhalten ist.

18. September 1848 – Es kommt es zum sogenannten September-Aufstand

Frankfurt am Main * In Deutschland kommt es zum sogenannten September-Aufstand. Dieser beginnt, nachdem sich eine Demonstration in Frankfurt zu einem Barrikadenkampf zwischen revolutionären Arbeitern, Bauern und Handwerkern einerseits und dem preußischen und österreichischen Militär auf der anderen Seite, auswächst. Der Aufstand wird sehr schnell unterdrückt, da die Handwerker, Tagelöhner und Gesellen spontan und planlos vorgehen. Sie haben zwar an rund vierzig Stellen in der Stadt Barrikaden errichtet, aber versäumt, wichtige militärische Zufahrtswege zu sperren und aus den Dörfern Unterstützung zu holen. Gegen Mitternacht ist der Aufstand niedergeschlagen. Bei den Kämpfen fallen dreißig Aufständische und zwölf Soldaten. Doch mit diesem September-Aufstand sind die revolutionären Veränderungen von Staat und Gesellschaft gescheitert. Den Demokraten geht es nur mehr um die Wahrung der Märzerrungenschaften.

13. Juni 1849 – Der Aufstand in der Pfalz wird niedergeschlagen

Pfalz * Der Aufstand in der Pfalz wird ab dem 13. Juni mit preußischer Unterstützung niedergeschlagen. Nach den Unruhen in Schwaben und Franken, welche die Bürger aufgeschreckt und verunsichert haben, gewinnen die gemäßigten und konservativen Kräfte wieder die Oberhand.

19. Juli 1849 – Lola Montez heiratet den 21-jährigen George Trafford Heald



London * Lola Montez heiratet den 21-jährigen George Trafford Heald. Der reiche Erbe war eine der besten Partien in London. Die Braut Lola Montez unterschreibt die Heiratsurkunde mit Maria de los Dolores de Landsfeld. Die Ehe hält nicht lange und wird annulliert. Während der Ehezeit tauschen Lola und Ludwig I. weiterhin Briefe aus. Außerdem erhält sie finanzielle Unterstützungen aus Bayern.

1850 – Der lange Weg zum Künstlerhaus

München * Die Idee eines eigenen Hauses für die Münchner Künstlerschaft begleitet die Kunstszene über viele Jahrzehnte. Zahlreiche Künstlervereinigungen – darunter die „Künstlergenossenschaft“, der „Künstlersängerverein“, „Jung-München“, „Fidelio“ und der „Künstlerunterstützungsverein“ - greifen die Vision eines gemeinsamen Künstlerhauses immer wieder auf und entwickeln dazu konkrete Pläne und Vorstellungen. Erstmals werden diese Überlegungen bereits 1850 in einem Protokoll schriftlich festgehalten. Darin formulieren die Initiatoren das Ziel, „dem deutschen Künstler für alle Zeiten eine Heimat in München bereiten und zugleich der Wissenschaft eine Unterkunft bieten“.

1. Mai 1850 – J. Schweiger erhält eine Konzession für ein Theater in der Vorstadt Au

Vorstadt Au * Mit der Unterstützung Auer Bürger erhält Johann Schweiger - trotz des Widerstand der Hoftheaterintendanz - die Konzession für ein eigenes Theater in der Vorstadt Au. Es befindet sich im Garten der Wirtschaft Kaisergarten in der Lilienstraße 2. Jetzt haben die Münchner die Qual der Wahl. Und schon bald heißt es: „Heut‘ geh‘ ich zum Schani, morgen zum Maxi“.

1859 – Johann Georg Landes gründet die Landes Maschinen- und Kesselfabrik

München-Haidhausen * Johann Georg Landes gründet die J. G. Landes Maschinen- und Kesselfabrik, Eisen- und Metallgießerei. Die Firma stellt Erzeugnisse des Maschinenbaues her und spezialisiert sich später auf Wasserturbinen, Schleusen- und Wehranlagen. Das Unternehmen ist bis zum Zweiten Weltkrieg tätig. Johann Georg Landes richtete „aus Fürsorge um das Wohl ihrer Arbeiter“ eine firmeneigene Betriebskrankenkasse ein. Die Höhe der Unterstützungsleistung richtet sich nach der Lohngruppe. Um das Leistungsrisiko zu vermindern, knüpfen die Kassen oft die Auszahlung von Krankengeld an gewisse Bedingungen. In der Satzung des Krankenvereins der Maschinenfabrik J. G. Landes heißt es: „Auf Unterstützung hat aber kein Mitglied Anspruch, so lange dasselbe wirklich Arbeit verrichtet, nur Medizin gebraucht,



oder sich Krankheit und Arbeitsunfähigkeit durch Exzeß, Rauferei oder unordentlichen Lebenswandel [durch übermäßiges Trinken oder syphilitische Krankheiten] zugezogen hat.“

30. Januar 1866 – Finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge

München * Weil das anno 1826 fertiggestellte jüdische Gotteshaus an der Westenriederstraße - mit seinen 160 Männer- und 160 Frauen- Betplätzen - bald aus allen Nähten zu platzen droht, bittet der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge.

1868 – Die Kiautschou-Bucht als Marine- und Handelsstützpunkt vorgeschlagen

Kiautschou-Bucht - China * Der Geograph und Geologe Ferdinand von Richthofen durchquert in den Jahren zwischen 1668 und 1872 als Forschungsreisender dreizehn der achtzehn chinesischen Provinzen und schlägt die Kiautschou-Bucht für einen deutschen Marine- und Handelsstützpunkt vor. Die sich in den 1890er-Jahren ändernde Kolonialpolitik bringt auch eine aktive Unterstützung der Tätigkeit der Missionare. Diese kümmern sich weder um die Gefühle der Bewohner und sehen in Konfuzius lediglich ein eingebildetes Symbol, das dem katholischen Glauben zu weichen hat.

Januar 1871 – Dreißig Handwerksmeister gründen den Meisterverein in München e.G.

München * 30 Handwerksmeister, die alle aus dem Katholischen Gesellenverein hervorgingen, gründen im Januar 1871 einen Verein unter dem Namen Meisterverein in München e.G.. Als Ziele schreiben sie die „gegenseitige Unterstützung mit Rat und Tat im gewerblichen Leben“ in ihre Satzung. Außerdem wollen sie in monatlichen Zusammenkünften „Vorträge hören“ und „Erfahrungen austauschen“ sowie „sachgemäße Kassen“ gründen.

1885 – Krankenunterstützungsverein der Münchner Volkssänger gegründet

München * Nach Wiener Vorbild wird der Krankenunterstützungsverein der Münchner Volkssänger gegründet.

Juli 1896 – Der Turnverein Haidhausen ist schon bald am Ende



München-Haidhausen * Schon seit der Mitte der 1890er-Jahre treffen sich Haidhauser Arbeiter zu sportlichen Übungen im Turnverein Haidhausen. Doch nur wenige Monate später ist der Verein finanziell schon wieder am Ende und muss Ende 1896 aufgelöst werden. Um vor allem die finanziellen Probleme des Vereins in den Griff zu bekommen, nehmen Mitglieder des aufgelösten Vereins Kontakt mit der SPD und den Gewerkschaften auf. Nachdem den Arbeitersportlern Unterstützung zugesagt worden ist, kann eine zweite Gründung erfolgen. Ein solches Wohlwollen war zu dieser Zeit keineswegs selbstverständlich, da viele Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre den Sportvereinen ablehnend gegenüberstehen und diese als „Klimbim-Vereine“ abqualifizieren. In Gewerkschaftsversammlungen werden alle Debatten über Sportvereine abgelehnt, da man fürchtet, dass deren Mitglieder über ihr sportliches Engagement die politische Arbeit total vergessen könnten.

1900 – Einstellungsbedingungen für Frauen im Fernsprehdienst

München * Für Frauen im Fernsprehdienst gelten folgende Einstellungsbedingungen: „Die Bewerberinnen - Mädchen oder kinderlose Witwen - müssen zwischen 18 und 25 Jahre alt sein, eine gute häusliche Erziehung erhalten und sich sittlich tadellos geführt haben, von entstellenden Gebrechen frei und körperlich vollkommen gesund sein, namentlich ein gutes Seh- und Hörvermögen sowie normale Atmungswerkzeuge besitzen und nicht zu Ohrenleiden, Nervosität und Bleichsucht neigen. Zur Einstellung als Telegraphengehülfin ist im allgemeinen eine Körpergröße von mindestens 158 cm erforderlich. Die Bewerberinnen dürfen keine Schulden haben. Es können in der Regel nur solche Bewerberinnen angenommen werden, welche in dem Orte der Beschäftigung dauernd festen Familienanhalt durch nahe Verwandte haben und bei diesen wohnen. Ausnahmen hiervon unterliegen der Genehmigung der Ober-Postdirektion. [...] Die Beschäftigung ist eine widerrufliche und gewährt keinen Anspruch auf Zulagen, Unterstützungen usw. Die Verheiratung hat den Verlust der Stelle zur Folge.“ Neben den günstigen Lohnkosten werden die Damen auch wegen ihrer - als weibliche Sozialisation beschriebenen - geschlechtsspezifischen Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen, Aufmerksamkeit, Genauigkeit, Höflichkeit, Geduld, einfach „die ausgleichenden und vermittelnden Qualitäten der Frau“, eingestellt. Gerade in der Anfangsphase des Vermittlungsdienstes müssen die Frauen die Pannen, Störungen und Kapazitätsprobleme der Technik mit ihrer „natürlichen Veranlagung“ ausgleichen. Sie kommen meistens aus gutem Hause, sind unverheiratet, besitzen eine ordentliche Schulbildung - zum Teil sogar mit Fremdsprachenkenntnissen - und verfügen über einen einwandfreien Leumund. Mit diesen Voraussetzungen garantieren sie ein adäquates Benehmen im Umgang mit den „sozial hochgestellten Telefonabonnenten“. Aus einer Vielzahl von Bewerberinnen können die bestqualifiziertesten Frauen ausgewählt werden, die



aufgrund ihrer Vorbildung, Sozialisation und Jugend als hoch motivierte Arbeitskräfte mit wenig anderen Berufs- oder Aufstiegschancen anerkannt sind. Die jungen Damen haben eine Aufnahmeprüfung in Rechnen, Geographie und Aufsatz zu absolvieren. Nach einer halbjährigen Probezeit müssen sie eine mündliche Prüfung ablegen und praktisch beweisen, dass sie Telefon- und Telegrafengeräte bedienen können. Die Tätigkeit in der Telefonvermittlung wird jetzt als dauerhafte Beschäftigung für Frauen verstanden. Wie schwer der Beruf der Telefonistin war, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, beispielsweise von der Größe der Stadt und der Art der Vermittlungsstelle. Die Arbeit einer Ortsvermittlungskraft gilt als monoton und - darüber sind sich die Arbeitsmediziner einig - stellt hohe Anforderungen an das Nervensystem. „Eine über mehrere Jahre tätige Telefonistin musste einfach hysterisch werden“. Die wöchentliche Arbeitszeit schwankt - je nach Schwere des Dienstes - zwischen 42 und 48 Stunden, nur jeder dritte Sonntag ist frei. Die Dienstschrift dauert elf Stunden; Urlaub gibt es keinen. Der Durchschnittsverdienst einer Telefonvermittlungskraft liegt etwas über dem von weiblichen Kaufhausangestellten und etwas unterhalb der Einkünfte von Lehrerinnen. Nur einzelne Kräfte können zur Aufsicht aufrücken. Während des Dienstes ist das Tragen einer einheitlichen Dienstbluse aus dunkelblauem Stoff vorgeschrieben, da man befürchtet, dass „bei der Eigenart der weiblichen Natur nur zu leicht ein gegenseitiges Überbieten in der äußeren Erscheinung Platz greifen würde“.

1901 – Wachsende Unterstützung für das Ludwig II.-Denkmal

München-Au - München-Isarvorstadt * Der „Verein zur Erbauung eines Monuments für König Ludwig II. von Bayern“ steigert seine Mitgliederzahl innerhalb eines Jahres von 3.000 auf 7.000. Da das Vorhaben als bayerisches Landesdenkmal präsentiert wird, gehen Spenden aus allen Bevölkerungsschichten sowie von Vereinen, Städten und Gemeinden ein. Die benötigten 185.000 Mark kommen jedoch langsamer zusammen als erhofft. 1901 übernimmt deshalb Gustav Freiherr von und zu der Tann den Vorsitz und verleiht dem Verein ein stärker aristokratisches Profil. Auch Mitglieder des Hauses Wittelsbach treten nun bei und unterstützen das Projekt - auch durch Spenden. Als Standort wählen Verein und Stadtmagistrat die Corneliusbrücke, die als einzige Münchner Isarbrücke noch keinen figürlichen Schmuck besitzt.

1901 – Die Gründung eines Brockenhaus-Vereins ist beabsichtigt

München * Die Bürger Münchens wollen nicht abseitsstehen und beabsichtigen die Gründung eines Brockenhaus-Vereins. Da man anfangs gegenüber dem Projekt finanzielle Bedenken äußert, übernimmt zunächst Kommerzienrat Kaspar Baerwindt das geschäftliche Risiko der



karitativen Einrichtung - als persönlich Haftender. Um möglichst rasch gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen und die Spendenbereitschaft der wohlhabenden Kreise zu fördern, greift die Initiativgruppe auf ein in der Prinzregentenzeit bewährtes Mittel zurück: Sie sichert sich die Unterstützung eines Mitglieds des königlichen Hauses und wirbt mit dessen Namen für die Vereinigung. Im Falle des Münchner Brockenhauses ist dies Prinzessin Maria de la Paz, die Gemahlin von Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern.

1909 – Der „Verein Zoologischer Garten“ sucht nach Unterstützung

München-Giesing * Der „Verein Zoologischer Garten“ bemüht sich um die Übernahme des Protektorats durch den Prinzregenten Luitpold und die Unterstützung der Bayerischen Regierung. Die Bitte wird jedoch mit Verweis auf die noch unzureichend gesicherte Finanzierung des Vereins abgelehnt. Gleichzeitig wird ausdrücklich betont, dass der Prinzregent den Bestrebungen des Vereins großes Interesse entgegenbringt. Das königliche Haus möchte vermeiden, seinen Namen mit einem möglicherweise scheiternden Vorhaben zu verbinden, da das Projekt noch auf unsicherer Grundlage steht. Dabei ist das geplante Gelände des neuen Münchner Tierparks mit rund 90 Tagwerk deutlich größer als das anderer deutscher Zoos. Zum Vergleich: Der Zoologische Garten Berlin umfasst lediglich etwa 60 Tagwerk.

29. September 1913 – Serbien geht als Sieger aus den beiden Balkankriegen hervor

Petersburg - Sofia - Konstantinopel - Athen - Belgrad * Russland greift in die Verhandlungen ein. Im Vertrag von Konstantinopel erhält Bulgarien - mit Russlands Unterstützung - mit Westthrakien doch noch einen Zugang zur Ägäis. Das verursacht einen neuen Konflikt mit Griechenland, das die Region für sich beansprucht. Insgesamt erkämpfen die Balkanstaaten weitere Gebiete der zerfallenden Türkei. Serbien geht als strahlender Sieger aus den beiden Balkankriegen hervor und kann sein Territorium nahezu verdoppeln.

5. Juli 1914 – Kaiser Wilhelm II. sichert Österreich-Ungarn Unterstützung zu

Berlin * Exakt eine Woche nach dem Attentat von Sarajevo sichert Kaiser Wilhelm II. seinem Verbündeten Österreich-Ungarn die volle Unterstützung zu, auch wenn die Russen ihrem Bündnispartner Serbien zu Hilfe kommen würden. Diese Zusage geht als „Blankoscheck“ in die Geschichte ein, denn für die Habsburger ist damit die Kriegsentscheidung gefallen.



25. Juli 1914 – Österreich-Ungarn reagiert mit einer Teilmobilmachung

Wien - Belgrad - Petersburg * Österreich-Ungarn reagiert mit einer Teilmobilmachung und bricht die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab. Der russische Kronrat führt daraufhin einen Beschluss zur Unterstützung des Königreichs Serbien herbei.

1. August 1914 – Italien erklärt sich für neutral

Rom * Italien erklärt sich für neutral, obwohl das Land am 20. Mai 1882 dem Dreibund mit Deutschland und Österreich-Ungarn beigetreten war. Natürlich erwarten die Mittelmächte, dass sich Italien jetzt auf die Seite der Bündnispartner stellt. Doch die italienische Regierung zögert, weil sie formal gesehen nicht gezwungen ist, in die kriegerischen Auseinandersetzung einzugreifen. Der Bündnisvertrag sieht lediglich eine militärische Unterstützung für Österreich vor, wenn es von außen angegriffen wird. Da aber Österreich-Ungarn Serbien angegriffen hat, ist das militärisch nicht gut vorbereitete Land vom Krieg nicht besonders begeistert. Der eigentliche Grund für die abwartende Haltung Italiens liegt jedoch in seinen Annexions-Ansprüchen. Das Land will nach einem siegreichen Krieg Gebietserweiterungen zugesprochen bekommen. Weil das aber zu Lasten des Habsburger-Reiches gehen würde, weigert sich Österreich dagegen. Die Mächte der Entente treten den territorialen Expansionswünschen Italiens freilich von Anfang an aufgeschlossener gegenüber.

7. August 1914 – Wenig bemittelten Soldatenfrauen und Kinder werden unterstützt

München * Bürgermeister Dr. Wilhelm von Borscht gibt bekannt, dass die Fürsorge für die wenig bemittelten Soldatenfrauen und deren Kinder durch einen städtischen Wohlfahrtsausschuss in Zusammenarbeit mit karitativen Vereinen und Einrichtungen geregelt werden würde. Für die Familienangehörigen von eingezogenen städtischen Mitarbeiter bezahlte die Stadt 60 Prozent des zuletzt bezogenen Wochenlohns für die Ehefrau, für jedes Kind unter 15 Jahren zusätzlich 5 Prozent. Der Höchstsatz darf aber 80 Prozent nicht überschreiten.

13. August 1914 – Die Franzosen sollen in die Falle gelockt werden

Lothringen * Um die Franzosen - gemäß dem Schlieffen-Plan - zum Vorrücken zu animieren und damit in die Falle zu locken, ziehen sich die Bayern wieder zurück. Die Franzosen sollen über Lothringen ins Reichsgebiet vorrücken und dann von der 6. Armee unter Kronprinz Rupprecht



und der 7. Armee unter der Führung von Generalstabschef Konrad Krafft von Dellmensingen in die Zange genommen und eingekesselt werden. Und weil in der Zwischenzeit, so der deutsche Feldzugsplan, die über Belgien nach Südosten geschwenkte deutsche Armee die Franzosen umfasst hätte, könnten die im Reichsgebiet befindlichen französischen Truppen nicht mehr mit weiterer Unterstützung rechnen und dadurch vernichtet werden. Voraussetzung wäre, dass die Armeen unter dem Kronprinzen und seinem Generalstabschef die Franzosen immer wieder in hinhaltende Gefechte verwickeln, aber letztlich nicht stoppen sollen. Nur der Durchbruch zum Rhein musste verhindert werden.

24. August 1914 – Die Enttäuschung über Japan ist groß

München - Berlin * Zwischen dem 15. und 18. August reisten die Japaner angeblich nach Berlin. Mit großer Enttäuschung nimmt man in München von der Abreise, den japanischen Anschluss an die Entente und die Kriegserklärung an Deutschland zur Kenntnis. „Die Herren hatten feine Witterung oder waren von zu Hause aus gut unterrichtet und ließen bei ihrem schnellen, stillen Abschied nur Vorsicht walten. Japan, das wir stolz als unseren gelehrigen, eifrigen Schüler bezeichneten, das wir bereitwilligste in viele Dinge Einblicke tun ließen, von dem wir, weil es ehemals der Gegner Russlands war, Hilfe oder doch Unterstützung erhofften, steht im Bunde mit England, also auf der Seite unserer Feinde. O deutscher Michel!“

24. März 1916 – 18 SPD-ler aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen

Berlin * In der SPD kommt es im Zusammenhang mit einem Not-haushalt zum offenen Bruch in der Frage der Unterstützung der deutschen Kriegspolitik. Hugo Haase hält im Reichstag eine Anti-Kriegs-Rede, in der er auch die durch die Regierung verschuldeten Zustände von Unterernährung und Hunger unter Teilen der Bevölkerung anklagt. Im Parlament kommt es zu einem Krawall. Der im Rahmen dieser Parlamentssitzung von der Regierung vorgestellte Notetat wird von jenen 18 SPD-Reichstagsabgeordneten, die bereits am 21. Dezember 1915 gegen die Kriegskredite stimmten, ebenfalls abgelehnt. Die anderen SPD-Abgeordneten bewilligen den Regierungsvorschlag. Mit der Begründung von Disziplin- und Treubruch werden die 18 Abgeordneten in einer anschließenden SPD-Fraktionssitzung aus der Fraktion ausgeschlossen. Die 18 Abweichler bilden daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG als Fraktionsgemeinschaft. Sie betrachten sich weiterhin als Mitglieder der SPD. Aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geht im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD hervor. Die USPD wird bei den revolutionären Ereignissen in Bayern die entscheidende Rolle spielen. Karl Liebknecht und Otto



Rühle lehnen den Anschluss an die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG ab.

9. April 1917 – Die deutsche Regierung forciert die Rückkehr Lenins nach Russland

Schweiz - Deutsches Reich - Russland * Mit Einverständnis und Unterstützung der deutschen Regierung durchquert Wladimir I. Lenin zusammen mit 30 „Revolutionären“ aus der Schweiz kommend im Zug das Deutsche Reich. Deutschland verspricht sich von Lenins Rückkehr eine Verschärfung der innenpolitischen Unruhen in Russland.

17. Juni 1918 – Interner Widerstand gegen die MSPD-Reichstagspolitik

Bayreuth * Der Tag der nordbayerischen MSPD zeigt, wie sehr die dortigen Organisationen den bisherigen Kurs des Parteivorstandes kritisch oder gar direkt ablehnend bewerten. Erhard Auer stößt mit seiner Taktik der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Regierung ohne erkennbare Gegenleistung in seiner eigenen Partei auf zunehmenden Widerstand. In der verabschiedeten Resolution zur politischen Lage heißt es: „Wir verlangen daher, dass die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Machtmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.“

26. Juni 1918 – Das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss trifft sich im Reichstag und beschließt, auf eine politische Initiative zur Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu verzichten. Der Interfraktionelle Ausschuss ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei - SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP und der Zentrumspartei koordiniert. Die drei Parteien bilden seit der Reichstagswahl von 1912 die Mehrheit im Reichstag. Die Situation zeigt aber auch das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit.

2. Juli 1918 – Ludendorff fordert den Rücktritt des Staatssekretärs Kühlmann



Spa - Berlin * Generalquartiermeister Erich Ludendorff fordert Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling auf, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu entlassen, anderenfalls werde er selbst zurücktreten. Unterstützung durch den schwachen Reichskanzler Hertling wird Kühlmann nicht erfahren.

13. Oktober 1918 – Weitreichende Forderungen der bayerischen SPD

München-Au * Auf dem Münchner Parteitag der SPD im Franziskaner-Keller an der Hochstraße forderte der Chefredakteur der Fränkischen Tagespost, Adolf Braun, die Abdankung des Kaisers. Unterstützung erhält er von dem Nürnberger SPD-Landtagsabgeordneten Ernst Schnepfenhorst, der gleichzeitig auch den Rücktritt des bayerischen Königs Ludwig III. fordert. Erhard Auer versucht dagegen seine Parteigenossen zu beschwichtigen und plädiert zum Abwarten, bis die Zeit reif ist für einen Regierungswechsel auf legalem Weg. Abschließend beschließt der Parteitag die Abschaffung der Monarchie, die Einführung des Acht-Stunden-Tages, das Wahlrecht für beiderlei Geschlecht und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Der SPD-Landesparteitag fordert aber auch die Überführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.

1. November 1918 – Der Kaiser kanzelt Innenminister Bill Drews ab

Spa * Zwischen 14 und 16 Uhr findet das Gespräch zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem preußischen Innenminister Bill Drews statt. Reichskanzler Max von Baden hat den Innenminister zu diesem Gespräch verpflichtet. Die zur weiteren Unterstützung avisierten Hochadeligen haben alle ihre Teilnahme abgesagt. Aus einer Niederschrift vom 3. November geht hervor, dass der Kaiser den „preußischen Beamten und Untertan“ ziemlich abgekanzelt hat. „Wie denken Sie sich die Sache, was wird? Meine Söhne haben mir in die Hand versprochen, dass keiner von ihnen meine Stelle annimmt. Also mit mir tritt das ganze Haus Hohenzollern zurück.“

8. November 1918 – Der Bauerndoktor Georg Heim bietet Kurt Eisner seine Unterstützung an

München-Kreuzviertel * Der Bauerndoktor genannte Dr. Georg Heim, der Vorsitzende des Christlichen Bauernvereins und spätere Mitbegründer der Bayerischen Volkspartei - BVP, bietet Kurt Eisner noch am Morgen des 8. November seine Unterstützung an.



10. November 1918 – General Wilhelm Groener gibt eine Loyalitätserklärung ab

Spa - Berlin * Der Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung - OHL, Wilhelm Groener, gibt eine Loyalitätserklärung gegenüber Reichskanzler Friedrich Ebert ab und bietet ihm die Unterstützung der Reichswehr an. Im Gegenzug verlangt er von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und die Ausschaltung der Soldatenräte. Ebert lässt sich auf diesen Bündnisvorschlag ein, da er damit die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin in Schach halten und das Offizierskorps ohne Reibungsverluste vom Kaiserreich in die neue Demokratie hinüber retten kann.

10. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft gründet einen Kampfbund

München-Graggenau * Mitglieder der Thule-Gesellschaft gründen einen Kampfbund, der die Zerschlagung der Räterepublik mit Waffengewalt zum Ziel hat. Die Leitung übernimmt Freiherr Rudolf von Sebottendorff selbst. Diese Nationalisten, Antisemiten und Deutschnationalen entwickeln eine Doppelstrategie, die maßgeblichen Anteil an der Zerschlagung der späteren Räteherrschaft hat. Die Thule-Gesellschaft wird zum Organisationszentrum der Münchner Gegenrevolution und Aktionsgemeinschaften organisieren den Aufbau eines umfangreichen Informations- und Spitzelsystems in allen revolutionären und kommunistischen Gruppierungen, die Kontaktaufnahme mit gesprächsbereiten Sozialdemokraten aus der Provisorischen Regierung und der Parteispitze sowie die Errichtung eines illegalen Werbebüros zur Unterstützung bereits existierender nationaler Militärverbände und zum Aufbau einer eigenen militärischen Organisation.

9. Dezember 1918 – Gustav Landauers positive Bilanz zu den Räteorganisationen

München * Gustav Landauer zieht eine positive Bilanz zur Tätigkeit der Räteorganisationen: „Da handelt es sich vor allen Dingen um die Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Zum Beispiel hat der Zentralarbeiterrat wesentlich dabei mitgewirkt, [...] dass die Alliiertenwerkstätten sofort in Friedenswerkstätten, in Werkstätten zur Herstellung von Waggons und Lokomotivteilen umgewandelt werden. Es ist eine sofortige Einstellung der Rüstungsbetriebe durchgesetzt worden. Wir haben aber dafür gesorgt und daran mitgearbeitet, dass eine vierwöchige Kündigungsfrist mit voller Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung eingehalten werden musste. Wir haben [...] mitgearbeitet an der Versorgung Bayerns mit Kohle, an der Verstaatlichung des Lastkraftwagenverkehrs, [...] dass Wagen, Pferde, Vieh, Gerät aller Art bei uns im Lande bleibt und vor allen Dingen von unseren Produzenten und von



unseren Bauern verwertet wird, an der Durchführung der 44-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag.“

20. Dezember 1918 – Die Hamburger Punkte werden abgeschwächt

Kassel - Berlin * Generalquartiermeister Wilhelm Groener reist nach Berlin, um über die Umsetzung der Hamburger Punkte mit dem Rat der Volksbeauftragten und dem Zentralrat zu verhandeln. Die Sache geht „dank Eberts geschickter Unterstützung, der wie wenige die Kunst des Abbiegens verstand, aus wie das Hornberger Schießen“, so Groeners Resümee. Der Rat der Volksbeauftragten und der Zentralrat verständigen sich darauf, den Beschluss des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zunächst nicht in Kraft treten zu lassen. Die Hamburger Punkte sollen für das Feldheer keine Anwendung finden. Außerdem sollen Ausführungsbestimmungen erlassen werden. Genau diese Vorgehensweise hat der Kongress zwei Tage vorher ausdrücklich abgelehnt.

24. Dezember 1918 – Die Garde-Soldaten werden von der Bevölkerung abgedrängt

Berlin * Um 9:10 Uhr kapitulieren die Verteidiger des Stadtschlusses und des Marstalls. Sie zeigen die weißen Fahnen. Stadtkommandant Otto Wels wird sofort freigelassen. Zur Entwaffnung kommt es nicht mehr, da die Matrosen der Volksmarinedivision während dieser Feuerpause Unterstützung durch die dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn von der USPD unterstellte Republikanische Sicherheitswehr erhalten. Das Gerücht eines gegenrevolutionären Putsches macht die Runde. In kürzester Zeit ziehen tausende Arbeiter, Frauen und Kinder zum Stadtschloss. Die Lage dreht sich. Jetzt sind plötzlich die Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Bedrohten. Gefangene Matrosen werden befreit, die Garde-Soldaten von der Bevölkerung eingeschlossen und abgedrängt. Reichskanzler Friedrich Ebert gibt den Befehl zur sofortigen Einstellung der Kämpfe. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division muss abziehen und in der Universität Schutz suchen. Begleitet werden sie von der ihnen wenig freundlich gesinnten Bevölkerung. Die Demonstration ist inzwischen auf 100.000 Menschen angewachsen. Die Oberste Heeresleitung - OHL und Generalquartiermeister Wilhelm Groener haben eine fürchterliche Niederlage erlitten und sind grandios gescheitert.

30. Dezember 1918 – Demonstration zur Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung



München * Vor dem Ministerium für soziale Fürsorge demonstrieren Arbeitslose für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

13. Januar 1919 – Dank an die braven Truppen der Republik

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten [= Regierung Ebert] dankt „den braven Truppen der Republik“, denen es gelungen ist, „aus eigener Kraft und durch Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte“. Der Januaraufstand, der als Spartakusaufstand in die Geschichte einging, ist niedergeschlagen.

8. Februar 1919 – Zahl der Arbeitslosen auf Rekordmarke gestiegen

München * Die Zahl der Arbeitslosen ist in München um über 2.200 von 38.022 auf die Rekordmarke von 40.228 gestiegen. Gleichzeitig hat die ausbezahlte Unterstützung von 1.475.000 auf 1.310.000 Mark abgenommen.

13. Februar 1919 – Eisner erhält von der Frankfurter Zeitung Unterstützung

Frankfurt am Main * Zu den wenigen bürgerlichen Zeitungen, die Eisners Wirksamkeit in Bern gerecht wird, gehört die Frankfurter Zeitung. Sie schreibt: „Wer aber in so überaus gehässiger Weise die Arbeit Eisners in Bern entstellt, verdächtig und herabwürdigt, wie das neuerdings geschehen ist, der hat nicht verstanden, worauf es eigentlich beim Sozialistenkongress ankam. [...] Herr Eisner hat sich [...] in Bern um die deutsche Sache verdient gemacht; insbesondere ist die Annahme der sehr erfreulichen Resolution über die Gefangenen auf sein Wirken zurückzuführen.“

15. Februar 1919 – Die Zahl der Arbeitslosen ist erstmals gesunken

München * Die Zahl der Arbeitslosen ist in der abgelaufenen Woche von 40.228 auf 38.633 gesunken. Das sind 6,5 beziehungsweise 6,2 Prozent der Münchner Gesamtbevölkerung.

28. Februar 1919 – Ein umfangreicher Kompromissantrag wird beraten



München-Kreuzviertel * Am Nachmittag beraten die Delegierten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Münchner Landtagsgebäude an der Prannerstraße einen Kompromissantrag. Darin wird festgelegt, dass der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte den Provisorischen Nationalrat darstellt. In den nächsten Tagen sollen 250 Delegierte gewählt werden, die diesem Provisorischen Nationalrat künftig angehören. Im Anschluss daran soll ein Aktionsausschuss gewählt werden, der sich aus je sieben Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, je drei Vertretern von SPD, USPD, Revolutionärem Arbeiterrat und Bayerischem Bauernbund - BBB zusammensetzt. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom Provisorischen Nationalrat abgesetzt werden. Der Aktionsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Zentralrat, dessen Mitglieder dem Aktionsausschuss verantwortlich sind. Außerdem soll in absehbarer Zeit das Staatsgrundgesetz vom 4. Januar 1919 zur Volksabstimmung vorgelegt werden. Das Staatsgrundgesetz soll zuvor aber noch in einigen Punkten abgeändert werden, in dem die Räte das Recht zur Gesetzesinitiative und ein Vetorecht gegen Parlamentsbeschlüsse festgeschrieben erhalten. Bei Streitigkeiten hat das Volk das letzte Wort und entscheidet per Volksentscheid. Hans Unterleitner wirbt mit großem Engagement für den Kompromiss: „Die zweite Revolution ist eine Tatsache. Nun handelt es sich darum, sich klar zu sein, was die zweite Revolution will. [...] Wir haben die politische Macht erobert und lassen sie uns nicht mehr nehmen“. In seinen Ausführungen stellt er fest, dass die Beratungen mit den Bauernvertretern gezeigt haben, dass die Bauern einer Räterepublik jegliche Unterstützung verweigern. Ohne die Bauern kann jedoch so ein Experiment unmöglich funktionieren: „Wir dürfen die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, in Deutschland und in Bayern liegen eben die Verhältnisse anders wie in Russland“.

4. März 1919 – Immer mehr existenzlose Menschen kommen nach München

München - Pasing * In München halten sich immer mehr Personen vorübergehend auf, bei denen es sich hauptsächlich um existenzlose Menschen handelt. Der Magistrat will diesen sich vorübergehend in der Stadt aufhaltenden Personen höchstens 14 Tage eine Unterstützung zukommen lassen. Die selbstständige Stadt Pasing hat den Fremdenzuzug wegen Wohnungsmangel bereits unterbunden.

10. April 1919 – Lena Christ bittet den Zentralrat um finanzielle Unterstützung

München * Die Schriftstellerin Magdalena Jerusalem, genannt Lena Christ, bittet den Zentralratsvorsitzenden Ernst Toller um finanzielle Unterstützung. „Zurzeit habe ich fast



600 Mark Schulden und gar keine Einnahme. Ich muss alle Tage etwas von meinen sauer erworbenen Sachen verkaufen. Bitte unterstützen Sie mich durch eine einmalige größere Summe oder durch ein Monatsgeld, damit ich wieder aufschnaufen kann.“ Sie endet ihr Schreiben mit dem Satz: „Ich bitte aber inständig, meine Bitte nicht in der Zeitung zu veröffentlichen!“

10. April 1919 – Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten

München * Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten. Er erklärt zu der am Vorabend vom Rat der Revolutionären Betriebsobleute und vom Rat der Revolutionären Soldatenvertreter beschlossenen sofortigen Abdankung des Zentralrats und seiner eigenen Einsetzung als Träger der gesamten Gewalt, dass die Kommunisten aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen nicht in der Lage sind, die Herrschaft anzutreten und auf Dauer zu behaupten und der Bauernrat einer kommunistischen Räterepublik jede Unterstützung verweigern würde.

13. April 1919 – Flugblatt: Verhängung des Kriegszustandes über München

München * Anschläge - mit der Unterschrift „Die Garnison München“ - verkünden die Verhängung des Kriegszustandes über München. Die Entscheidung fällt, nachdem das Leibregiment erklärt, dass es sich in der ganzen Auseinandersetzung neutral verhalten will und eine Unterstützung der Republikanischen Schutztruppe ablehnt.

13. April 1919 – Die Verstärkung der Thule-Gesellschaft bleibt aus

München * Die von der Thule-Gesellschaft angebotenen „mehrere hundert Mann“ Unterstützung reduzieren sich auf insgesamt zehn Personen. So aber hat die Republikanische Schutztruppe keine Chance gegen die anstürmenden Räterepublikaner, besonders als die KPD am Nachmittag ihre Anhänger zum Widerstand aufruft.

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage



ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann bittet das Reich um militärische Unterstützung

Bamberg * Die im Exil in Bamberg befindliche Regierung Hoffmann bittet nach dem gescheiterten Palmsonntag-Putsch das Reich um militärische Unterstützung im Kampf gegen die Münchner Räteherrschaft.

20. April 1919 – Mit erhobenem Haupte untergehen

München * Eugen Leviné erkennt, dass es für die bedrängte Räterepublik keine Unterstützung von außen geben wird. Doch wenn die Revolution untergehen soll, dann - so seine Auffassung - mit erhobenem Haupt: „Es ist ein Irrtum zu glauben, dass kleinmütige Unterwerfung ein besserer Weg sei, um Blutvergießen zu vermeiden oder zu verhindern. Im Gegenteil: Nur wenn die Weißen Garden eine kühn entschlossene Armee vor sich haben und merken, dass der Kampf auch in ihren Reihen Opfer fordern wird, werden sie bereit sein, Konzessionen zu machen. [...] Die Weiße Armee wird auf jeden Fall einen Vorwand für ein Blutbad finden. [...] Ist Arbeiterblut so billig, dass man es zur Genugtuung von neugebackenen Pazifisten wehrlos vergießen darf?“. Leviné argumentiert damit gegen Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer, die mit der Regierung Hoffmann verhandeln wollen. Doch auch der KPD-Parteiführer in Berlin, Paul Levi,



befürwortet eine bedingungslose Kapitulation, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.

27. April 1919 – Eugen Leviné beschwert sich über die Zehnerkommission

München * Über das Auftauchen der Zehnerkommission - mit Unterstützung von zehn Angehörigen der Roten Armee - im Beratungszimmer des Vollzugsausschusses beschwert sich Eugen Leviné in der Versammlung im Hofbräuhaus.

4. Mai 1919 – Ret Marut gelingt die Flucht

München * Ret Marut [= B. Traven], der Leiter der Zensurbehörde in der Ersten Räterepublik, wird von Studenten, die sich der Weißen Garde angeschlossen haben, erkannt und von Regierungstruppen vor ein Feldgericht gebracht. Dieses besteht aus einem Offizier, der entscheidet, ob der Verhaftete sofort standrechtlich erschossen wird oder nicht. Im Zweifelsfall wird das Todesurteil vollstreckt, weil das sicherer sei. Noch vor seiner Vernehmung gelingt dem Schriftsteller - mit Unterstützung von zwei Soldaten - die Flucht.

13. März 1920 – Der Kapp-Putsch beginnt

Berlin * Unter der Führung von General Walther von Lüttwitz wird - mit Unterstützung von General Erich Ludendorff - ein konterrevolutionärer Putsch gegen die nach der November-Revolution geschaffene Weimarer Republik versucht. Wolfgang Kapp, der Namensgeber des Putsches, spielt mit seiner Nationalen Vereinigung nur eine untergeordnete Rolle. Gründe für den Putsch sind die Republikfeindlichkeit der Anführer sowie die Frustration vieler früherer Soldaten, die in etwa 120 Freikorps organisiert sind und weil die politischen Generäle nicht gewillt sind, auf die Instrumente ihrer politischen Macht zu verzichten. Der Putschversuch scheitert nach 100 Stunden.

30. Dezember 1936 – Faulhabers Unterstützung im Abwehrkampf gegen den Bolschewismus

München-Kreuzviertel * In dem von Kardinal Michael von Faulhaber selbst verfassten Hirtenbrief schreibt er: „Der Führer möge versichert sein, dass wir Bischöfe ihn in seinem weltgeschichtlichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus mit moralischen Mitteln in jeder Weise unterstützen.“



Mai 1961 – Der Cowboy Club München 1913 erhält ein Gelände an der Floßlande

München-Au - München-Thalkirchen * Diesmal kommt dem Cowboy Club München 1913 e.V. die Glücksgöttin Fortuna in Form des Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel zu Hilfe. Mit seiner Unterstützung erhält der Verein ein viertausend Quadratmeter großes Gelände an der Floßlande in Thalkirchen zur Verfügung gestellt.

1967 – Die Anna-Klosterkirche erhält ihren ursprünglichen Formenreichtum

München-Lehel * In einem zehn Jahre andauernden Prozess erhielt die Anna-Klosterkirche nun langsam ihren ursprünglichen Formen- und Farbenreichtum wieder. Während der Wiederaufbauarbeiten gibt es aber nicht nur wohlmeinende Unterstützung, sondern auch herbe und ablehnende Kritik, da statt eines Neubeginns wieder mit den alten, überkommenen Formen gespielt wird. Die Handwerker beginnen mit der Stuckierung der Kirche und der Ausmalung mit Fresken.

2017 – Richtige Schreibweise: Wiesn

München - Welt * Endlich gibt es Klarheit über die richtige Schreibweise „Wiesn“ oder „Wies'n“ als Synonym von „Oktoberfest“. Die richtige und offizielle Schreibweise ist seither „Wiesn“ und wird in die digitale Version des Duden aufgenommen. Diese weltbewegende Aktion hat der Münchner Radiosender Gong 96.3 initiiert, die beim bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer und dem Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter Unterstützung fand.
